

dieser enge Zusammenhang auch in den 70er Jahren noch gegeben ist. Immerhin deutet das Kaufverhalten der Konsumenten darauf hin, daß beste Qualitäten auf der Einzelhandelsstufe fast während des ganzen Jahres preisgünstig abzusetzen sind. Vielleicht liegt hier auch eine Chance für den einheimischen Obstbau, denn es ist nicht anzunehmen, daß der deutsche Konsument die qualitativ gleichwertige heimische Ware bei vergleichbarem Preis nicht ebenso schätzt wie den Auslandsapfel. In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, daß seit 1962/63 die Ernte- und Verbrauchsentwicklung an Inlandsäpfeln, die als Eßäpfel verkauft werden, mindestens den glei-

chen relativen Zuwachs aufweist wie die Apfelimporte. Nur entspricht der Produktionsanteil dieser Tafelware (insbesondere aus Intensivobstanlagen) noch nicht seiner eigentlichen Bedeutung für den Markt. Es ist daher vordringlich, durch eine kräftige Beschränkung des althergebrachten Wirtschafts- und Tafelobstbaues zugunsten des modernen Intensivanbaues die Struktur des heimischen Obstbaues noch durchgreifender zu reformieren. Daß eine überlegte Vorrats- und Vermarktungspolitik damit Hand in Hand gehen muß, wenn die vorhandene Chance in den 70er Jahren genutzt werden soll, versteht sich von selbst.

Dr. Rudolf Stadler

Staatliche und kommunale Steuereinnahmen 1969

Mit 26,5% bisher höchster Anstieg der Steuereinnahmen

Nachdem sich die kassenmäßigen *Gesamteinnahmen* aus Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern (ohne Lastenausgleichs-abgaben) in Baden-Württemberg im Jahr 1968 um 1476 Mill. DM oder 9,2% auf 17,52 Mrd. DM vermehrt hatten, stiegen sie im Jahr 1969 in noch weit stärkerem, bisher noch nie erreichtem Grade an, nämlich um 4650 Mill. DM oder 26,5% auf 22,17 Mrd. DM. Der 1968 nach Überwindung der letzten Nachwirkungen einer spürbaren Rezession sich entfaltende und 1969 unvermindert anhaltende, weit über den Erwartungen liegende Konjunkturaufschwung hat sich somit in beträchtlichem Maße auf die steuerliche Wachstumsquote ausgewirkt. Die kräftige Entwicklung der Steuereinnahmen hing aber auch mit steuerrechtlichen Maßnahmen zusammen, insbesondere bei den Steuern vom Umsatz. Im Vergleich zum Vorjahr war die steuerliche Wachstumsquote 1969 erheblich höher, nämlich um rund 14 Punkte, als die Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 12%. Auch im Bundesgebiet¹ nahm 1969 die Zuwachsrate der Gesamtsteuereinnahmen mit + 22,1%, gemessen am Bruttoinlandsprodukt nach einer vorläufigen Berechnung²: + 11,7%, beträchtlich zu. Daraus ergibt sich sowohl für das Bundesgebiet als auch für Baden-Württemberg der bisher höchste Anteil des Gesamtsteueraufkommens (ohne Lastenausgleichsabgaben) am Bruttoinlandsprodukt von 24,8% bzw. 25,5%.

Die Steuereinnahmen verstärkten sich nach einem leichten Rückgang während der Rezession 1967 wie die folgende *Tabelle 1* zeigt, 1968 und 1969 mit der Wiederbelebung der Konjunktur von Quartal zu Quartal. Betrug der Anstieg der Steuern im 1. und 2. Halbjahr 1968 noch 4,5% bzw. 13,6%, so ergibt sich für das 1. und 2. Halbjahr 1969 bereits ein Zuwachs von 20,9% bzw. 31,4%.

Die Einnahmen aus den *Bundes- und Landessteuern* erhöhten sich 1969 um 3768 Mill. DM oder 24,8% auf 18,94 Mrd. DM. Demgegenüber betrug die vorjährige Wachstumsrate nur 1330 Mill. DM oder 9,6%. Am stärksten nahmen die Steuern vom Umsatz zu, die im Jahresergebnis 1969 mit einer Zuwachsquote von 45,4% den größten Teil des Mehraufkommens erbrachten.

Aufkommen an Lohnsteuer um ein Viertel gestiegen

Die Erträge der *gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen* vermehrten sich 1969 um 1546 Mill. DM und damit um fast ein Fünftel auf 9,49 Mrd. DM (im Vorjahr um 666 Mill. DM oder 9,2%). Besonders elastisch reagierte die Lohnsteuer, die auf konjunkturelle Einflüsse rasch anzusprechen pflegt. Sie entwickelte sich mit einem Zuwachs von 875 Mill. DM, was fast einer Vermehrung um ein Viertel entspricht, rund doppelt so stark wie die Brutto-lohn- und -gehaltssumme (12,2%). Damit erweist sich die Lohnsteuer nach wie vor als eine der dynamisch-

sten Steuern. Ihr Anteil an den gesamten Steuereinnahmen hat sich seit 1960 um 6,6 Punkte auf 19,9% erhöht; dies trotz Herabsetzung des Tarifs zu Beginn des Jahres 1965. Einen außergewöhnlichen Anstieg hatte 1969 das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer (+ 36,9%), während die Einkünfte aus der veranlagten Einkommensteuer mit 4% nur schwach zunahmen.

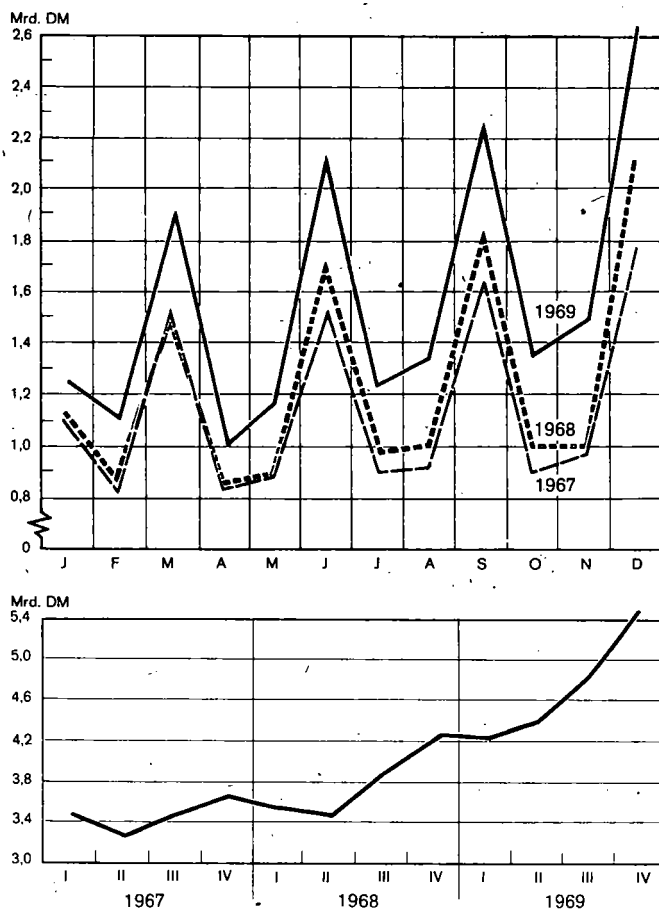
Tabelle 1
Gesamtsteuereinnahmen (ohne Lastenausgleichsabgaben)

Kalenderjahr	Bundes-einnahmen		Landes-einnahmen	Staatliche Steuern zusammen	Gemeindesteuern	Steuereinnahmen insgesamt	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾
	insgesamt	darunter Bundesanteil an der ESt und KSt					
Millionen DM							
1960	4 602	1 285	3 005	7 607	1 381	8 988	41 632
1961	5 261	1 569	3 649	8 910	1 517	10 427	47 064
1962	5 811	1 852	4 257	10 068	1 646	11 714	51 564
1963	6 176	2 213	4 462	10 638	1 801	12 439	54 778
1964	7 004	2 494	4 887	11 891	1 935	13 826	60 987
1965	7 692	2 602	5 107	12 799	1 971	14 770	67 335
1966	8 245	2 881	5 633	13 878	2 188	16 066	71 668
1967	8 012	2 692	5 830	13 842	2 202	16 044	71 256
1968	8 880	2 939	6 291	15 171	2 349	17 520	77 640
1. Vj.	2 013	706	1 528	3 541	538	4 079	.
2. Vj.	2 028	659	1 437	3 465	588	4 053	.
3. Vj.	2 288	756	1 607	3 895	604	4 499	.
4. Vj.	2 551	818	1 719	4 270	619	4 889	.
1969	11 348	3 321	7 591	18 939	3 230	22 169	86 800
1. Vj.	2 483	778	1 796	4 279	580	4 859	.
2. Vj.	2 654	731	1 715	4 369	601	4 970	.
3. Vj.	2 930	828	1 885	4 815	726	5 541	.
4. Vj.	3 281	984	2 195	5 476	1 323	6 799	.
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in %							
1960	+ 15,1	+ 24,9	+ 22,0	+ 17,8	+ 10,3	+ 16,6	+ 12,6
1961	+ 14,3	+ 22,1	+ 21,4	+ 17,1	+ 9,8	+ 16,0	+ 13,0
1962	+ 10,4	+ 18,0	+ 16,7	+ 13,0	+ 8,5	+ 12,3	+ 9,6
1963	+ 6,3	+ 19,6	+ 4,8	+ 5,7	+ 9,5	+ 6,2	+ 6,2
1964	+ 13,4	+ 12,6	+ 9,5	+ 11,8	+ 7,4	+ 11,1	+ 11,3
1965	+ 9,8	+ 4,3	+ 4,5	+ 7,6	+ 1,9	+ 6,8	+ 10,4
1966	+ 7,2	+ 10,7	+ 10,3	+ 8,4	+ 11,0	+ 8,8	+ 6,4
1967	- 2,8	- 6,5	+ 3,5	- 0,3	+ 0,6	- 0,1	- 0,6
1968	+ 10,8	+ 9,2	+ 7,9	+ 9,6	+ 6,6	+ 9,2	+ 9,0
1. Vj.	+ 2,1	+ 0,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 6,4	+ 2,7	.
2. Vj.	+ 7,2	+ 4,6	+ 5,0	+ 6,2	+ 7,0	+ 6,4	.
3. Vj.	+ 13,8	+ 14,1	+ 11,8	+ 13,0	+ 6,1	+ 12,0	.
4. Vj.	+ 19,5	+ 17,4	+ 12,4	+ 16,5	+ 6,9	+ 15,2	.
1969	+ 27,8	+ 13,0	+ 20,7	+ 24,8	+ 37,5	+ 26,5	+ 12,0
1. Vj.	+ 23,4	+ 10,2	+ 17,5	+ 20,8	+ 7,8	+ 19,1	.
2. Vj.	+ 30,8	+ 11,1	+ 19,4	+ 26,1	+ 2,3	+ 22,6	.
3. Vj.	+ 28,0	+ 9,5	+ 17,3	+ 23,6	+ 20,3	+ 23,2	.
4. Vj.	+ 28,6	+ 20,3	+ 27,7	+ 28,2	+ 113,7	+ 39,1	.

¹ Die in der Tabelle 2 zusammengestellten Bundesergebnisse beruhen auf Angaben des Bundesministeriums der Finanzen.

² Vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1970, S. 14.

¹⁾ Zu jeweiligen Preisen; vgl. Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1/1970, S. 8.



Unter den *ausschließlichen Bundessteuern*, deren Aufkommen in Baden-Württemberg mit 8,03 Mrd. DM um 35,1% angestiegen ist (nach einer Zunahme um 11,7% im Jahr 1968), stehen die Steuern vom Umsatz an Ertragskraft weitaus an erster Stelle. Zu den von der konjunkturellen Entwicklung ausgehenden Einflüssen treten hier vor allem die Auswirkungen hinzu, die mit der Umstellung des Steuersystems – von der alten Allphasen-Umsatzsteuer zur Netto-Umsatzsteuer – zusammenhängen. Im einzelnen sind hier hauptsächlich die folgenden zwei Effekte zu nennen:

1. Die beim Systemwechsel vorgenommene steuerliche Entlastung der Altvorräte von der Bruttoumsatzsteuer, woraus sich für 1968 ein erheblicher kassenmäßiger Ausfall ergab. Für die ersten Monate des Jahres 1969 dürfte der Ausfall nur noch geringfügig gewesen sein.
2. Die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze ab 1. Juli 1968³.

Daneben schlug zu Buch, daß mit dem Gesetz zur außenwirtschaftlichen Absicherung sowie mit der zum 1. Januar 1969 eingeführten Straßengüterverkehrssteuer (58 Mill. DM) zusätzliche Einnahmen erschlossen wurden. Die relative Zunahme der Steuern vom Umsatz – im Bundesdurchschnitt betrug sie 44,1% – übertraf im Vergleich zu den Vorjahren ganz erheblich die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts. Die Einfuhrumsatzsteuer (einschließlich der Beträge aus der auslaufenden Umsatzausgleichsteuer), die 1969 in Baden-Württemberg 1328 Mill. DM einbrachte, wies dabei ein Mehr von 47,1% auf, während sich für das Bundesgebiet eine Zunahme von 47,6% ergibt. Bei der größten Verbrauchsteuer, der Mineralölsteuer, ist 1969 eine Dämpfung des Wachstums zu verzeichnen. Die Erträge daraus haben sich um 15,4% erhöht, während sie im Vorjahr um rund sechs Zehntel angestiegen waren. Dagegen haben die Einnahmen aus Zöllen stärker (+17,8%) zugenommen als 1968 (+3,3%). Wie bisher zeigen sich bei der Entwicklung der Zölle und bundeseigenen Verbrauchsteuern im Vergleich

³ Von 10% (bzw. 5%) auf 11% (bzw. 5,5%).

mit dem Bundesgebiet erhebliche Unterschiede, wobei sich auch für 1969 in Baden-Württemberg ein beträchtlich unter der Bevölkerungsquote liegender Anteil von rund 9% an der betreffenden Bundessumme ergibt. Dies hängt bekanntlich von der Erhebungstechnik ab, da die Abgaben in den Ländern anfallen, in denen die Herstellungsfirmen und Importunternehmen sowie die Inhaber von Zoll- und Steuerlagern ihren Sitz haben. Die kassenmäßigen Einnahmen in den einzelnen Ländern und auch Landesteilen lassen somit keine direkten Rückschlüsse auf die regionale Verbrauchsentwicklung der versteuerten Waren zu. Bei einem regionalen Vergleich sind daher zur annäherungsweisen Darstellung der tatsächlichen Steuerkraft Baden-Württembergs bei den Zöllen, den bundeseigenen Verbrauchsteuern und der Einfuhrumsatzsteuer die unzureichenden Quoten für Baden-Württemberg und seine Landesteile durch die Bundesdurchschnittswerte je Einwohner zu ersetzen.

Die Einnahmen aus den *reinen Landessteuern* verbesserten sich 1969 nur um 137 Mill. DM oder 10,6% auf 1424 Mill. DM. An der Spitze der Besitz- und Verkehrssteuern steht hier mit 548 Mill. DM die Kraftfahrzeugsteuer, deren Aufkommen nicht nur absolut (+47 Mill. DM), sondern auch relativ (+9,4%) noch etwas kräftiger anstieg als im Vorjahr. Die Einnahmen aus der ertragsmäßig an zweiter Stelle rangierenden Vermögensteuer, die 1968 rückläufig gewesen war (–9,2%), erhöhten sich 1969 um 10,9% auf 373 Mill. DM. Auch die meisten übrigen Steuern haben sich, wie die *Tabelle 2* im einzelnen zeigt, aufwärts entwickelt; darunter die Versicherungsteuer auf 65,8 Mill. DM (+12%) und die Kapitalverkehrssteuern auf 41,1 Mill. DM (+61,1%). Weniger stark als im Vorjahr haben sich unter anderem die Erbschaftsteuer mit 10,8% auf 63,2 Mill. DM und die Grunderwerbsteuer mit 15,6% auf 64,9 Mill. DM entwickelt. Aus der Biersteuer, der einzigen ländereigenen Verbrauchsteuer, kamen 160 Mill. DM auf. Die Zunahme (+8,3%), die auf eine kräftige Ausstoßsteigerung und eine günstige Absatzentwicklung in den Sommermonaten mit einer lang anhaltenden Hitze sowie auf die spürbare Konsumausweitung infolge der Einkommensentwicklung zurückzuführen ist, war stärker als im Vorjahr, in dem sie sich auf nur 1,4% (zum Teil steuerrechtlich und zahlungstechnisch bedingt) belaufen hatte.

Vom Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuern, das 1969 in Baden-Württemberg 9489 (im Vorjahr 7943) Mill. DM erbrachte, standen nach bisherigem Recht (1967/1968) dem Bund 37% und den Ländern 63% zu. Für das Haushaltsjahr 1969 ist jedoch der Beteiligungsschlüssel auf 35% für den Bund und 65% für die Länder geändert worden⁴. Dadurch erhöhte sich für 1969 der Landesanteil um 190 Mill. DM auf 6168 Mill. DM, während der Bundesanteil auf 3321 Mill. DM abnahm. Einschließlich der Erträge der reinen Landessteuern in Höhe von 1424 (im Vorjahr 1287) Mill. DM stiegen demnach die Landeseinnahmen 1969 gegenüber 1968 von 6291 auf 7591 Mill. DM (+20,7%), während sich die dem Bund zugeflossenen Einnahmen, bei dem die Mehrerträge aus den Steuern vom Umsatz besonders ins Gewicht fielen, von 8880 auf 11348 Mill. DM erhöhten (+27,8%).

Steueraufkommensanteil des Landes übertrifft jetzt den Bevölkerungsanteil

Im *Bundesgebiet* einschließlich Berlin (West) beliefen sich die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Rechnungsjahr 1969 nach vorläufigen Zusammenstellungen des Bundesministeriums der Finanzen auf 128,1 Mrd. DM; das waren 22,52 Mrd. DM oder 21,3% mehr als im Vorjahr. Diese bundesdurchschnittliche Wachstumsquote war 1969 wie im Vorjahr merklich niedriger als die baden-württembergische. Der Anteil des Landes am Aufkommen im Bundesgebiet hat sich daher von 14,4% auf 14,8% erhöht. Der Aufkommensanteil, der 1968 den Bevölkerungsanteil des Landes gerade erreicht hatte, überragt diesen nun 1969 um 0,3 Punkte. Recht beträchtlich über dem

⁴ Drittes Gesetz über das Teilungsverhältnis an der ESt und der KSt vom 3. März 1969 (BGBl. I S. 173).

Tabelle 2
Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten

Steuerart	Baden-Württemberg			Veränderung gegen Vorjahr		Bundesgebiet ¹⁾		Veränderung 1969 gegen 1968	Anteil Baden- Württembergs am Bundesgebiet	
	1967	1968	1969	1968	1969	1968	1969		1968	1969
	1000 DM			%		1000 DM			%	
Bundessteuern	5 319 040	5 941 626	8 026 920	+ 11,7	+ 35,1	48 255 917	61 585 080	+ 27,6	12,3	13,0
Bundesanteil an der ESt und KSt ²⁾	2 692 344	2 938 759	3 321 065	+ 9,2	+ 13,0	17 924 174	19 829 434	+ 10,6	16,4	16,7
Bundeseinnahmen	8 011 384	8 880 385	11 347 985	+ 10,8	+ 27,8	66 180 091	81 414 514	+ 23,0	13,4	13,9
Landessteuern	1 245 841	1 287 098	1 423 703	+ 3,3	+ 10,6	8 884 062	9 858 313	+ 11,0	14,5	14,4
Landes- bzw. Länderanteil an der ESt und KSt ³⁾	4 584 263	5 003 833	6 167 693	+ 9,2	+ 23,3	30 519 539	36 826 093	+ 20,7	16,4	16,7
Landes- bzw. Ländereinnahmen	5 830 104	6 290 931	7 591 396	+ 7,9	+ 20,7	39 403 601	46 684 406	+ 18,5	16,0	16,3
Staatliche Steuern zusammen	13 841 488	15 171 316	18 939 381	+ 9,6	+ 24,8	105 583 692 ⁸⁾	128 098 920 ⁸⁾	+ 21,3	14,4	14,8
Bundeseinnahmen in %	57,9	58,5	59,9	.	.	62,7	63,6	.	.	.
Landes- bzw. Ländereinnahmen in %	42,1	41,5	40,1	.	.	37,3	36,4	.	.	.
Gemeindesteuern	2 202 393	2 348 626	3 230 414	+ 6,6	+ 37,5	14 793 809	18 829 236	+ 27,3	15,9	17,2
Steuereinnahmen insgesamt	16 043 881	17 519 942	22 169 795	+ 9,2	+ 26,5	120 377 501 ⁸⁾	146 928 156 ⁸⁾	+ 22,1	14,6	15,1
Außerdem:										
Lastenausgleichsabgaben	200 456	197 511	169 525	- 1,5	- 14,2	1 579 272	1 493 268	- 5,4	12,5	11,4
Staatliche Steuern										
Gemeinschaftliche Steuern vom Einkommen	7 276 607	7 942 592	9 488 758	+ 9,2	+ 19,5	48 443 713	56 655 527	+ 17,0	16,4	16,7
Lohnsteuer	3 065 313	3 536 148	4 411 335	+ 15,4	+ 24,7	22 079 757	27 057 354	+ 22,5	16,0	16,3
Veranlagte Einkommensteuer	2 639 063	2 677 983	2 786 437	+ 1,5	+ 4,0	16 272 497	16 989 015	+ 4,4	16,5	16,4
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	198 652	217 031	221 585	+ 9,3	+ 2,1	1 538 705	1 714 628	+ 11,4	14,1	12,9
Einkommensteuer zusammen	5 903 028	6 431 162	7 419 357	+ 8,9	+ 15,4	39 890 959	45 760 997	+ 14,7	16,1	16,2
Körperschaftsteuer	1 373 579	1 511 430	2 069 401	+ 10,0	+ 36,9	8 552 754	10 894 530	+ 27,4	17,7	19,0
Bundessteuern	5 319 040	5 941 626	8 026 920	+ 11,7	+ 35,1	48 255 917	61 585 080	+ 27,6	12,3	13,0
Mehrwert- bzw Umsatzsteuer ⁴⁾	3 401 869	3 065 486	4 393 110	- 9,9	+ 43,3	18 698 787	26 429 001	+ 41,3	16,4	16,6
Einfuhrumsatz- bzw. Umsatzausgleichsteuer ⁴⁾	355 093	902 407	1 327 629	+ 154,1	+ 47,1	6 993 626	10 324 477	+ 47,6	12,9	12,9
Straßengüterverkehrssteuer	-	-	57 891	.	.	-	380 673	.	.	15,2
Beförderungsteuer	64 395	6 637	1 121	.	.	87 063	6 809	.	7,6	16,5
Steuern vom Umsatz zusammen	3 821 357	3 974 530	5 779 751	+ 4,0	+ 45,4	25 779 476	37 140 960	+ 44,1	15,4	15,6
Ergänzungsabgabe zur ESt und KSt	-	107 744	138 440	.	+ 28,5	625 279	813 879	+ 30,2	17,2	17,0
Notopfer Berlin	108	15	56	.	.	4 357	3 508	- 19,5	.	.
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 497 575	1 859 337	2 108 673	+ 24,2	+ 13,4	21 846 805	23 626 733	+ 8,1	8,5	8,9
Zölle	353 124	364 725	429 612 ⁹⁾	+ 3,3	+ 17,8	2 436 950	2 979 846 ⁹⁾	+ 22,3	15,0	14,4
Tabaksteuer	463 893	515 024	556 717	+ 11,0	+ 8,1	5 991 811	6 232 696	+ 4,0	8,6	8,9
Mineralölsteuer	534 259	856 800	988 412	+ 60,4	+ 15,4	9 875 402	10 600 956	+ 7,3	8,7	9,3
Aus dem Branntweinmonopol	98 604	77 961	87 069	- 20,9	+ 11,7	1 989 121 ¹⁰⁾	2 142 091 ¹⁰⁾	+ 7,7	3,9	4,1
Kaffeesteuer	19 581	16 109	17 513	- 17,7	+ 8,7	1 044 138	1 131 746	+ 8,4	1,5	1,5
Teesteuer	471	381	416	- 19,1	+ 9,2	36 083	38 118	+ 5,6	1,1	1,1
Zuckersteuer	8 266	9 064	8 694	+ 9,7	- 4,1	128 828	122 628	- 4,8	7,0	7,1
Salzsteuer	6 282	6 403	6 121	+ 1,9	- 4,4	40 873	40 819	- 0,1	15,7	15,0
Schaumweinsteuer	7 604	6 770	7 644	- 11,0	+ 12,9	198 552	214 232	+ 7,9	3,4	3,6
Zündwarensteuer	2 030	2 451	2 302	+ 20,7	- 6,1	10 607	10 688	+ 0,8	23,1	21,5
Leuchtmittelsteuer	1 178	1 450	1 973	+ 23,1	+ 36,1	71 211	89 198	+ 25,3	2,0	2,2
Sonstige Verbrauchsteuern ⁵⁾	2 283	2 199	2 200	- 3,7	+ 0,0	23 229	23 715	+ 2,1	9,5	9,3
Landessteuern	1 245 841	1 287 098	1 423 703	+ 3,3	+ 10,6	8 884 062	9 858 313	+ 11,0	14,5	14,4
Vermögenssteuer	370 217	336 059	372 611	- 9,2	+ 10,9	2 261 292	2 457 965	+ 8,7	14,9	15,2
Erbschaftsteuer	44 755	57 047	63 190	+ 27,5	+ 10,8	344 814	453 668	+ 31,6	16,5	13,9
Kraftfahrzeugsteuer	465 754	501 367	548 328	+ 7,6	+ 9,4	3 242 950	3 506 542	+ 8,1	15,5	15,6
Biersteuer	145 611	147 652	159 966	+ 1,4	+ 8,3	1 101 122	1 179 044	+ 7,1	13,4	13,6
Grunderwerbsteuer	45 023	56 166	64 911	+ 24,7	+ 15,6	374 182	441 507	+ 18,0	15,0	14,7
Kapitalverkehrssteuern	21 722	25 497	41 081	+ 17,4	+ 61,1	298 493	454 323	+ 52,2	8,5	9,0
Versicherungssteuer	57 263	58 753	65 801	+ 2,6	+ 12,0	499 558	554 862	+ 11,1	11,8	11,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	56 820	62 150	63 177	+ 9,4	+ 1,7	503 787	518 152	+ 2,9	12,3	12,2
Wechselsteuer	23 728	24 920	29 247	+ 5,0	+ 17,4	180 567	205 357	+ 13,7	13,8	14,2
Sonstige (haupts. Feuerschutzsteuer)	14 948	17 487	15 391	+ 17,0	- 12,0	77 297	86 893	+ 12,4	22,6	17,7
Gemeindesteuern										
Realsteuern	2 112 795	2 245 471	3 114 093	+ 6,3	+ 38,7	14 056 383	17 976 773	+ 27,9	16,0	17,3
Grundsteuer A ⁶⁾	82 569	83 122	84 895	+ 0,7	+ 2,1	440 628	447 955	+ 1,7	18,9	19,0
Grundsteuer B ⁷⁾	258 919	277 057	293 994	+ 7,0	+ 6,1	2 031 958	2 142 822	+ 5,5	13,6	13,7
Gewerbesteuer ⁶⁾	1 771 307	1 885 292	2 735 204	+ 6,4	+ 45,1	11 583 797 ¹¹⁾	15 385 996 ¹¹⁾	+ 32,8	16,3	17,8
Übrige Gemeindesteuern	89 598	103 155	116 321	+ 15,1	+ 12,8	737 426	852 463	+ 15,6	14,0	13,6
Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	58 411	74 086	85 579	+ 26,8	+ 15,5	450 995	550 927	+ 22,2	16,4	15,5
Vergnügungssteuer	11 736	9 588	10 484	- 18,3	+ 9,3	87 818	92 554	+ 5,4	10,9	11,3
dar.: Kinosteuer	3 858	1 868	1 749	- 51,6	- 6,4	12 380	12 440	+ 0,5	15,1	14,1
Gemeindegetränkesteuer	8 203	8 066	8 471	- 1,7	+ 5,0	94 201	98 913	+ 5,0	8,6	8,6
Hundesteuer	8 676	8 680	8 761	+ 0,0	+ 0,9	52 319	53 341	+ 2,0	16,6	16,4
Sonstige	2 572	2 735	3 026	+ 6,3	+ 10,6	52 093	56 728	+ 8,9	5,3	5,3

¹⁾ Einschl. Berlin (West). - ²⁾ 1967 und 1968 = 37 %, 1969 = 35 %. - ³⁾ 1967 und 1968 = 63 %, 1969 = 65 %. - ⁴⁾ Ab 1968 Mehrwertsteuer bzw. Einfuhrumsatzsteuer nach dem Umsatzsteuergesetz 1967. - ⁵⁾ Spielkarten- und Essigsäuresteuer und - nur im Bundesgebiet - Einnahmen aus dem Zündwarenmonopol. - ⁶⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge bzw. Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen. - ⁷⁾ Einschl. Beihilfen für Arbeiterwohnstätten. - ⁸⁾ Darin enthalten 1968: 148 Mill. DM und 1969: 317 Mill. DM Einfuhrabgaben (Zölle und Einfuhrumsatz-/Umsatzausgleichsteuer) für Regierungskäufe im Ausland sowie 2817 Mill. DM Einfuhrumsatzsteuer-Vergütungen nach dem Gesetz zur außenwirtschaftlichen Absicherung. - ⁹⁾ Einschl. Ausgleichsabgabe zur Sicherung der deutschen Landwirtschaft (BGBl. 1969 II S. 2077). - ¹⁰⁾ Einschl. Abführungen der Bundesmonopolverwaltung an die Bundeshaupthasse. - ¹¹⁾ Einschl. Lohnsummensteuer.

Bevölkerungsanteil lag dabei der Anteil an den gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen und an der Umsatz-/Mehrwertsteuer.

Höchste Zuwachsrate des Steueraufkommens der Gemeinden

Die Einnahmen der *Gemeinden und Gemeindeverbände* aus eigenen Steuern haben sich im Rechnungsjahr 1969 um 882 Mill. DM oder 37,5% auf 3230 Mill. DM erhöht; sie haben damit die vorjährige Zuwachsrate (+146 Mill. DM oder 6,6%) absolut und relativ um ein Vielfaches übertroffen. Mit dieser bisher höchsten jährlichen Zuwachsrate ist das Gemeindesteueraufkommen 1969 relativ erheblich mehr gewachsen als das Aufkommen aus Bundes- und Landessteuern (+24,8%). Entscheidend für diese beträchtliche Verbesserung der Einnahmesituation war der Ertragszuwachs bei der Gewerbesteuer. Die Einnahmen aus dieser ergiebigsten Gemeindesteuer haben sich 1969 gegenüber dem Vorjahr um 850 Mill. DM oder 45,1% erhöht. Im Jahr 1968 hatten die Gewerbesteuererinnahmen nur um 114 Mill. DM oder 6,4% zugenommen. Der starke wirtschaftliche Aufschwung der letzten beiden Jahre hat sich also bei der Gewerbesteuer – im Gegensatz zu den staatlichen Steuern – erst 1969 in höheren Eingängen niedergeschlagen. Neben der Auswirkung der positiven wirtschaftlichen Entwicklung liegt ein weiterer Grund für den außergewöhnlich starken Zuwachs wohl darin, daß den Gemeinden angesichts der ab 1970 im Rahmen der Neuordnung der Gemeindefinanzen vorgesehenen Abführung von 40% ihrer Gewerbesteuererinnahmen in Form einer „Umlage“ an Bund und Länder von den gewerblichen Unternehmen zum Ende des Rechnungsjahres 1969 vermehrt Rückstände an Gewerbesteuer und höhere Vorauszahlungen entrichtet worden sind.

Aus den Grundsteuern flossen den Gemeinden 379 Mill. DM (+5,2%) zu; sie haben sich insgesamt damit im Vergleich zu 1968 (+5,5%) nicht mehr ganz so kräftig entwickelt, was auf die Grundsteuer B mit ihrem Aufkommen von 294 Mill. DM (+6,1%) zurückzuführen ist.

Außer den Realsteuereinnahmen, die im Berichtsjahr 96,4% des gesamten gemeindlichen Steueraufkommens ausmachen, sind an übrigen Gemeindesteuern noch 116 Mill. DM vereinnahmt worden; davon entfallen auf die Zuschläge zur Grunderwerbsteuer, die den Stadt- und Landkreisen zufließen, allein 86 Mill. DM (+15,5%). Bei der Vergnügungssteuer und der Gemeindegetränkesteuer, beide waren im Vorjahr rückläufig, konnten die Gemeinden Einnahmesteigerungen von 9,3% bzw. 5% verzeichnen. Der Anteil der baden-württembergischen Gemeindesteuereinnahmen an der Bundessumme hat sich von 15,9% (1968) auf 17,2% (1969) erhöht und lag damit in beiden Jahren, 1969 jedoch besonders stark, über dem Bevölkerungsanteil des Landes.

Die *Gesamtsteuereinnahmen* (ohne Lastenausgleichsabgaben) im Bundesgebiet betrugen 1969 nach vorläufiger Feststellung 146,93 Mrd. DM gegenüber 120,38 Mrd. DM im Vorjahr (+22,1%).

Die Erträge der *Lastenausgleichsabgaben*, die sich 1968 in Baden-Württemberg weiter um 1,5% auf 198 Mill. DM verringert hatten, sind 1969 in noch stärkerem Grade zurückgegangen, nämlich um 14,2% auf 170 Mill. DM. An dieser Summe war die Vermögensabgabe mit 149 Mill. DM beteiligt, die Hypothekengewinnabgabe mit 14 Mill. DM und die Kreditgewinnabgabe mit rund 7 Mill. DM. Ein Vergleich mit dem Bundesergebnis zeigt, daß der Anteil Baden-Württembergs am Aufkommen dieser Abgaben (1969: 11,4%, 1968: 12,5%) geringer war als der Bevölkerungsanteil des Landes.

Steueranteil des Landes über dem Bundesdurchschnitt

Nach der *Tabelle 2* stellte sich der Anteil Baden-Württembergs an den gesamten Steuereinnahmen (ohne Lastenausgleichsabgaben) des Bundesgebietes in den Rechnungsjahren 1968

und 1969 auf 14,6% bzw. 15,1%. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die tatsächliche Steuerleistung in Baden-Württemberg höher liegt, weil aus erhebungs- und zahlungstechnischen Gründen beträchtliche Abgabebeträge (hauptsächlich Zölle und Verbrauchsteuern), die effektiv von der Bevölkerung Baden-Württembergs getragen werden, in anderen Ländern anfallen oder direkt an die Bundeshaupthauptkasse entrichtet werden. Nach Umrechnung der diesbezüglichen Kasseneingänge in Prokopffzahlen sind daher die entsprechenden unrealistischen Kopfquoten Baden-Württembergs und dessen Landesteile in der folgenden *Tabelle 3* durch die betreffenden Bundesquoten ersetzt worden. Dabei ergibt sich, daß Baden-Württemberg mit seiner Steuerleistung je Einwohner seit 1967 über den betreffenden Bundesdurchschnitt liegt. Bei einem Vergleich der Kopfquoten für die beiden Landesteile zeigt sich, daß die Steuerleistung in Württemberg infolge des gesamtwirtschaftlichen Übergewichtes jeweils höher ist als in Baden.

Ausblick auf 1970

Steigerung der Gemeindeeinnahmen zu Lasten von Bund und Land

Wie sich die Steuereinnahmen im Jahr 1970 kassenmäßig entwickeln werden, ist zur Zeit im einzelnen noch nicht zu übersehen. Gleichwohl ist schon jetzt zu erkennen, daß sich die Steuereingänge trotz der weiterhin zu erwartenden kräftigen Expansion des nominalen Bruttoinlandsprodukts nicht annähernd so stark verbessern werden wie im abgelaufenen Jahr. Das Steueraufkommen wird nicht mehr so viel schneller als das Bruttoinlandsprodukt steigen als im Jahr 1969. Zwar werden sich, unverändert Steuerrecht unterstellt, auch 1970 Progressionseffekte günstig auf die Einnahmen auswirken; die Einnahmen aus den indirekten Steuern werden sich aber nur noch unterdurchschnittlich erhöhen, was seinen besonderen Grund in der erneuten Senkung des Satzes für die Steuer für den Selbstverbrauch (auch „Investitionsteuer“ genannt) und in dem Wegfall der Nettoeinnahmen aus dem Gesetz zur außenwirtschaftlichen Absicherung hat. Insgesamt würde sich mithin das Wachstum der Steuereinnahmen selbst dann fühlbar verlangsamen, wenn sich das nominale Bruttoinlandsprodukt 1970 ebenso stark ausweiten würde wie 1969, was jedoch aus der gegenwärtigen Sicht nicht wahrscheinlich ist. Die Steuereinnahmen für die einzelnen Gebietskörperschaften werden sich natürlich unterschiedlich entwickeln. So ist damit zu rechnen, daß die Bundeseinnahmen am schwächsten steigen, besonders deshalb, weil der Anteil des Bundes an dem Aufkommen aus den indirekten Steuern, die nur relativ mäßig wachsen dürften, größer ist als der des Landes und der Gemeinden. Hinzu kommt, daß Bund und Länder die Lasten zu tragen

Steuerverteilung nach der Finanzreform von 1969

Neuverteilung der Steuerart	Anteil am Steueraufkommen in %					
	bis Ende 1969			ab 1970		
	Bund	Land	Gemeinden	Bund	Land	Gemeinden
Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer	35 ¹⁾	65 ¹⁾	—	43	43	14
Körperschaft- und Kapitalertragsteuer	35 ¹⁾	65 ¹⁾	—	50	50	—
Kapitalverkehr-, Versicherungs- und Wechselsteuer	—	100	—	100	—	—
Umsatzsteuer	100	—	—	70	30	—
Gewerbesteuer	—	—	100	20	20	60

¹⁾ 1967 und 1968 betrugen die Anteile 37% (Bund) und 63% (Land).

haben, die im Zuge der Finanzreform durch die zugunsten der Gemeinden geänderte Aufteilung des Steueraufkommens zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften entstehen. Den Gemeinden werden hierdurch generell mehr Steuererträge zufließen als von ihnen an Bund und Länder abgeführt werden.

Tabelle 3
Steuerleistung (ohne Lastenausgleichsabgaben) in Baden-Württemberg und seinen Landesteilen sowie im Bundesgebiet

Steuerart	Kalenderjahr 1967				Kalenderjahr 1968				Kalenderjahr 1969			
	Landesteile		Baden-Württemberg	Bundesgebiet ¹⁾	Landesteile		Baden-Württemberg	Bundesgebiet ¹⁾	Landesteile		Baden-Württemberg	Bundesgebiet ¹⁾
	Württem-berg	Baden			Württem-berg	Baden			Württem-berg	Baden		
Je Einwohner in DM												
Mehrwert- bzw. Umsatzsteuer	414	377	398	368	369	337	355	311	535	449	498	434
Einfuhrumsatz-/Umsatzausgleichsteuer	45	45	45	45	116	116	116	116	170	170	170	170
Zölle und bundeseigene Verbrauchsteuern	355	355	355	355	363	363	363	363	388	388	388	388
Beförderungsteuer	15	15	15	15	2	2	2	2	0	0	0	0
Bundessteuern ²⁾	829	792	813	783	864	828	848	802	1 118	1 026	1 078	1 012
Bundesanteil an ESt und KSt	349	269	315	271	378	290	340	298	426	310	376	326
Bundeseinnahmen zusammen	1 178	1 061	1 128	1 054	1 242	1 118	1 188	1 100	1 544	1 336	1 454	1 338
Landessteuern	157	131	146	143	159	136	149	148	172	147	162	162
Landes- bzw. Länderanteil an ESt und KSt	594	458	536	461	643	494	580	507	791	575	699	605
Landes- bzw. Ländereinnahmen zusammen ...	751	589	682	604	802	630	729	655	963	722	861	767
Gemeindesteuern	271	240	258	235	289	249	272	246	392	332	366	309
Steuereinnahmen insgesamt	2 200	1 890	2 068	1 893	2 333	1 997	2 189	2 001	2 899	2 390	2 681	2 414

¹⁾ Einschl. Berlin (West). – ²⁾ Einschl. auslaufender Einnahmen aus dem Notopfer Berlin, ab 1968 Ergänzungsabgabe zur ESt und KSt und ab 1969 Straßengüterverkehrsteuer.

Durch die Änderung des Artikels 106 Abs. 3 Grundgesetz⁵ wurde nunmehr die Regelung getroffen, daß neben der Einkommen- und Körperschaftsteuer auch die Steuern vom Umsatz Bund und Ländern gemeinsam zustehen; das sind ungefähr zwei Drittel der Gesamtsteuereinnahmen. Damit werden die Ländereinnahmen nicht mehr allein von den Steuern vom Einkommen bestimmt. Außerdem gehen drei bisherige Landessteuern (Kapitalverkehrsteuer, Versicherungsteuer und Wechselsteuer) an den Bund über (Landesaufkommen 1969 rund 136 Mill. DM). Für die Neuregelung der Gemeindefinanzen ist vorgesehen, daß die Gemeinden an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer zu beteiligen sind. Andererseits haben die Gemeinden einen Teil der Gewerbesteuer als „Umlage“ an Bund und Länder abzuführen. Einen Überblick über den neuen und alten Rechtsstand gibt die *Übersicht* auf Seite 30. Die Verbesserung der Finanzlage der Gemeinden liegt auf der Hand; nachdem sie ab 1970 zwar auf 40% ihrer Gewerbesteuer verzichten, dafür aber 14% des Aufkommens an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer erhalten. Es ist damit zu rechnen, daß sich die auf Grund der Neuregelung ergebenden Mehreinnahmen der Gemeinden zukünftig noch erhöhen werden, da vor allem die Lohnsteuer in ihren Zuwachsraten die Entwicklung der Gewerbesteuer recht beträchtlich übertrifft.

Im Januar 1970 staatliche Steuern um 17% gestiegen

Das Gesamtaufkommen aus Bundes- und Landessteuern belief sich im Januar 1970 auf 1,46 Mrd. DM; das Ergebnis vom entsprechenden Vorjahresmonat (+ 5,3%) wurde somit um

212,4 Mill. DM oder 17% übertroffen. Die Aufkommenszahlen betreffen dabei noch Eingänge zu Steuerrechtsvorgängen aus dem Jahr 1969. Der Steuerzuwachs ergibt sich daher vor allem in Auswirkung des weiter anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs sowie der gestiegenen Beschäftigtenzahl, Lohn- und Gehaltssummen hauptsächlich aus den Mehreinnahmen bei den Steuern vom Umsatz (+ 149,5 Mill. DM = 35,2%) und der Lohnsteuer (+ 77,9 Mill. DM = 18,3%). Während noch die veranlagte Einkommensteuer ein Mehr (+ 7,3 Mill. DM = 18,7%) erbrachte, hatte die Körperschaftsteuer einen Rückgang (– 15,3 Mill. DM = 16,8%) zu verzeichnen. Besonders für die letztgenannte Steuer ist jedoch das Ergebnis des ersten Zwischenmonats wenig aussagefähig. Im Hinblick auf eine Vorausschau für das Jahr 1970 trifft die Beschränkung im Ausgangswert übrigens für alle von der Neuverteilung betroffenen Steuern vom Einkommen und Umsatz zu. Es bleibt in dieser Hinsicht abzuwarten, wie sich die Steuereinnahmen in den folgenden Monaten gestalten werden. Während bisher das Aufkommen aus den staatlichen Steuern mit der Summe der Landes- und Bundeseinnahmen identisch war, weicht es 1970 erstmals infolge der Neuregelung nach dem Finanzreformgesetz ab. Die Landes- und Bundeseinnahmen beliefen sich im Januar 1970 auf insgesamt 1,35 Mrd. DM – das sind gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat 7,5% mehr –, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Einnahmen aus der von den Gemeinden vierteljährlich (erstmal zum 1. Mai 1970) zu entrichtenden Gewerbesteuerumlage noch nicht enthalten sind. Am Gesamtaufkommen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer sind die Gemeinden gemäß der Neuregelung im Berichtsmonat mit 76,9 Mill. DM (= 14%) beteiligt. Die der Bundeskasse im Januar 1970 zugeflossenen Einnahmen haben dabei um 78,1 Mill. DM oder 10,3% auf 833,8 Mill. DM zugenommen, dem Land verblieben 512,4 Mill. DM, was einem Anstieg um 15,8 Mill. DM oder 3,2% entspricht.

Dipl.-Volkswirt Erich Stillhammer

⁵ Siehe 21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969 (BGBl. I S. 359).